



M i l l b a d e r Tagblatt

Enztalbote Wildbader Zeitung
Amtsblatt und Anzeiger für Wildbad
und das obere Enztal

Ercheint täglich, ausgen. Sonn- u. Feiertage. Bezugspreis monatlich 1.40 RM. frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im in-
deutschen Reich monatlich 1.70 RM. — Einzelnummern 10 Pf.
Girokonto Nr. 50 bei der Oberamts Sparkasse Neuenbürg Zweigstelle
Wildbad. — Bankkonto: Enztalbank G. m. b. H., Wildbad.
Verantwortlicher: Emil Wildbad. — Postfach Nr. 201 74.

Druck, Verlag und Schriftleitung: Kneuber Graf, Wildbad, Wilhelmstraße 86. Telefon 179. — Wohnung: Bismarckstraße 81.

Nummer 81

Februar 179

Montag, den 8. April 1929

Februar 179

64. Jahrgang.

Der Kampf um die Angestelltenversicherung

Die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte, die durch das Reichsgesetz vom Jahr 1911 begründete soziale Zwangsversicherung, die heutzutage alle als „Angestellte“ tätigen Arbeitnehmer bis zum Jahresgehalt von 8400 Reichsmark umfaßt, steht seit einiger Zeit im Kreuzfeuer scharfer Angriffe, die von verschiedenen Seiten her gegen sie vorgetragen werden. Da die Angestelltenversicherung zur Zeit rund 3 1/2 Millionen Versicherte zählt, fast das Doppelte des Vorkriegsbestands, da sie weiterhin ein Vermögen von gut einer Milliarde Mark bewirtschaftet, so hat sie in Anbetracht wie in Verteidigung den unbedingten Anspruch auf Beachtung auch seitens solcher Volksschichten, die nicht unmittelbar zu den Interessenten zählen.

Ist der Grundgedanke des Versicherungszwangs für Angestellte, um ihnen eine Versorgung bei Eintritt von Invalidität und bei Erreichung einer gewissen Altersgrenze, ferner eine Witwen- und Waisenfürsorge zu ermöglichen, nach moderner staatsbürgerlicher Auffassung berechtigt? Diese Frage kann man nur bejahen. Der soziale Notstand, der schon 1911 den Anlaß zum Aufbau der Angestelltenversicherung gab, hat an Umfang seitdem weiter zugenommen. Die Erwerbsverhältnisse der Angestellten sind höchst unsicher geworden. Lebensstellungen gibt es kaum mehr. Stellenlosigkeit droht schon oft in mittleren Lebensjahren. Die Einkommen sind zumeist so klein, daß sie die Ansammlung von Rücklagen gar nicht erlauben und auch den guten Willen, „demnächst“ endlich eine Lebensversicherung abzuschließen, nicht immer zur Tat reifen lassen. Da also die Freiwilligkeit der Vorbeugungsmaßnahmen zur Sicherstellung fürs Alter und zur Versorgung der Hinterbliebenen erfahrungsgemäß nicht ausreicht, so ist die Ausübung eines Zwangs auf den Angestellten, sich zu versichern, durchaus begründet. Der Zwang, sich selbst zu helfen, ist vollkommen gesund; verwerflich aber ist es, wenn man sich ohne eigene Vorsorge auf die öffentliche Wohlfahrtswege verläßt.

Der Versicherungszwang geht also grundsätzlich in Ordnung. Bis zu welcher Verdiensthöhe soll er sich erstrecken? Diese Frage ist, seitdem im vorigen Jahr die Einkommensgrenze der Versicherungspflichtigen zur Angestelltenversicherung von 6000 Mark auf 8400 Mark jährlich hinaufgesetzt wurde, auch heute noch von manchem Für und Wider. Unleugbar bedroht die soziale Gefährdung durch Stellenverlust, Alter, Tod des Familienversorgers auch solche Erwerbsschichten, die so lange ziemlich günstig gestellt sind, als der Haushaltungsvorstand noch auf der Höhe seines Schöpfens ist. Auch in den besser situierten Angestelltingruppen läßt die freiwillige Vorsorge noch manchen zu wünschen übrig. Deshalb ist auch hier ein gewisser Zwang zur versicherungsmäßigen Selbsthilfe angebracht.

Wie groß soll das Ausmaß der Vorsorge sein, zu der der Angestellte durch das Gesetz unmittelbar gezwungen wird? Der Versicherungszwang ist, vom Standpunkte der Allgemeinheit aus betrachtet, nur soweit zulässig, als er den Versicherungspflichtigen ein menschenwürdiges Existenzminimum garantiert, das sie insbesondere des Appells an öffentliche Fürsorge enthebt. Was indessen über diese Grenze hinausgeht, hat Sache freiwilliger Versicherung und Sparsamkeit zu sein und zu bleiben. Es kommen da nur Ermahnung, Anregung in Betracht, nicht der Paragraph des Gesetzes. Freiwillige Selbsthilfe ist stets die wirkliche Krönung der Sozialpolitik.

Wie ist der Versicherungszwang praktisch auszuüben? Sozial begründeter Versicherungszwang braucht keinesfalls zwangsläufig zur staatlich monopolisierten Sozial-Zwangsversicherung hinzuzuführen. Der Staat kann grundsätzlich nur verlangen, daß in bestimmtem Umfang und unter genauen Sicherheitsregeln versichert wird. Doch in bezug auf das Wie und Wo der Versicherung sollte wohl Freiheit herrschen. Die Verdienste der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte seien gewiß nicht bestritten; immerhin sollte sie nicht der einzig zulässige Weg der Angestelltenversicherung sein. Warum die Engberzigkeit gegen Erfaherversicherung, die besonders unangenehm auffiel, als in den Jahren 1925 und 1928 bei der Erhöhung der Versicherungsanzahl zahlreiche Angestellte neu versicherungspflichtig wurden, die sich schon vorher, insbesondere auch bei den eigenen Versicherungseinrichtungen ihrer Organisationen, ausreichend versichert hatten! Die Reichsversicherungsanstalt ist doch nicht etwa Selbstzweck, sondern nur Mittel zu einem sozialen Zweck, der zu seiner Verwirklichung auch gewiß noch andere Mittel zuläßt. In der Praxis haben sich aus jener monarchistisch-pöbelhaften Einstellung der Angestelltenversicherung vielfach recht ärgerliche Folgen ergeben. Insbesondere vertragbare Doppelbelastungen für die Versicherten. Wo schon genügend verzögert ist, dort ist ja die Forderung des Versicherungszwanges bereits erfüllt, warum dann noch extra die Reichsversicherung?

Die Verschmelzung der Angestelltenversicherung mit der Invalidenversicherung wird von den Angestellten und ihren Verbänden mit vollem Recht abgelehnt. Es würden hier Versicherungsweige miteinander vermengt werden, die völ-

lig verschiedene Berufsgruppen, Einkommensschichten und Versicherungsbedürfnisse behandeln.

Neuerdings hat man der Reichsversicherungsanstalt oft vorgeworfen, sie betreibe eine „Thesaurierungspolitik“, häufe Gelder in ungerechtfertigter Höhe an, entziehe der Wirtschaft zu große Beitragsgelder. Wie die privaten Lebens- und Rentenversicherungen sich eine Brämonreserve anlegen müssen, so arbeitet auch die Reichsversicherungsanstalt nach dem sogenannten „Anwartschaftsdeckungsverfahren“, legt also gleichsam aus den Beiträgen für jeden Versicherungsnehmer einen Fonds an, aus dem später die auf ihn entfallende Rente gespeist wird. Gegenüber dem sogenannten „Umlageverfahren“, bei dem der Gesamtbeitrag der in einem Jahr zu gewährenden Leistungen auf die Versicherten jeweils umgelegt und von ihnen eingezogen wird, verdient das Deckungsverfahren mit seiner systematisch aufgebauten Rücklage unzweifelhaft den Vorzug, da es sowohl versicherungstechnisch solider als auch in seinen Beitragsanprüchen wesentlich gleichmäßiger ist.

Berückte Forderungen

122,65 Milliarden Goldmark

Paris, 7. April. „Echo de Paris“ glaubt über die Freitag-Verhandlungen der Sachverständigen Frankreichs, Englands, Italiens und Belgiens mit Dr. Schaechter berichten zu können, daß die Franzosen an ihrer Forderung auf Zahlung ihrer Schulden zusätzlich 50 Milliarden Franken als Entschädigung für den „Wiederaufbau“ festhielten. Dr. Schaechter sei, als diese Forderung der Franzosen mitgeteilt worden seien, aufs höchste erstaunt gewesen. Es sei wenig wahrscheinlich, daß die Deutschen und die Hauptgläubiger sich von selbst verständigen; der Unterschied sei zu groß. Der amerikanische Schiedsrichter Owen Young werde nun folgenden Plan empfehlen: Zwei Jahreszahlungen von je 1700 Millionen Goldmark, drei Jahreszahlungen von je 1900 Millionen Goldmark, 32 Jahreszahlungen von je 2100 Millionen Goldmark. Durch diese 37 Zahlungen im Gesamtbetrag von 67,2 Milliarden Goldmark würden aber nur die Forderungen der Gläubiger wegen der Reparationen im eigentlichen Sinn des Wortes getilgt werden. Vom 37. bis zum 59. Jahr würde man von Deutschland die Begleichung der an Amerika zu leistenden Zahlungen verlangen.

Die Summe, die die vier Gläubigerstaaten fordern, wird vom „Matin“ angegeben, der erklärt, man sehe nicht ein, wie die verbündeten Sachverständigen die Regierungen und Parlamente ihrer Länder veranlassen könnten, eine Jahreszahlung von weniger als 1800 Millionen Mark anzunehmen, wogegen 900 Millionen Mark als Reparation dienen, eine Summe, die nach 37 Jahren in Wegfall käme. Die andern 900 Millionen Mark würden die Jahreszahlungen zur Tilgung der Verbandsschulden darstellen. Diese letzteren Zahlungen würden in 12 Jahren auf 1700 Millionen steigen und 58 Jahre lang zahlbar sein, falls nicht, wie wahrscheinlich, vorher eine Regelung mit Amerika getroffen werde. Diese Zahlen seien nicht dazu angetan, die deutsche Öffentlichkeit in Bestürzung zu versetzen (!), im Gegenteil. Sie lägen „merklich“ unter den Forderungen des Dawesplans“. Sie stellten während der ersten 37 Jahre eine durchschnittliche Jahreszahl von etwa 2350 Millionen Mark und während der letzten 21 Jahre eine solche von 1700 Millionen Mark dar.

Die vom „Matin“ angeführten Zahlen stellen ohne Zweifel die tatsächlichen Forderungen Frankreichs und seiner Verbündeten dar; sie machen zusammen 122,65 Milliarden Goldmark aus.

Wieder General Le Rond

Mit den Stimmen Englands, Frankreichs und Polens ist General Le Rond, der französische Parteigänger Polens in den Abstimmungskämpfen um Oberschlesien, zum Vorsitzenden des Aufsichtsrats der Danziger Werft gewählt worden. Die Danziger Werft, die aus der ehemaligen kaiserlichen Werft hervorgegangen ist und unter dem Druck des Versailler Diktats „internationalisiert“ wurde, ist das wichtigste marineteknische Unternehmen Danzigs. Sie ist zu 40 Prozent in den Händen Frankreichs und zu 40 Prozent in den Händen Englands; Polen ist mit 60 Prozent beteiligt und Danzig, dem eigentlich die Werft gehören sollte, muß sich mit den restlichen 10 Prozent begnügen. Es ist wohl nicht daran zu zweifeln, daß General Le Rond nicht an die Spitze des Aufsichtsrates auf Grund irgendwelcher wirtschaftlicher Befähigungen gestellt worden ist. Es handelt sich mehr um einen politischen Akt. Le Rond gilt als ein französischer Offizier mit besonderen diplomatischen Talenten. Er ist auch nach seiner verhängnisvollen Tätigkeit als Kommandeur der französischen Besatzungstruppen in Oberschlesien im Osten tätig gewesen. Er ist zwischen Warschau, Prag, Bukarest und Belgrad viel hin- und hergereist. Er war an dem Zustandekom-

men des polnisch-rumänischen Militärvertrags beteiligt, der durch genaue Angaben über die Hilfe ergänzt ist, die Frankreich in den Fällen eines Zusammenstoßes der beiden Oststaaten mit Deutschland oder Rußland zu gewähren verspricht. Die Tätigkeit Le Ronds in den Oststaaten ist besonders genau von Moskau aus verfolgt worden. Die größte sowjetrussische Militärzeitung glaubt auch geheime Verträge über Aufmarschpläne veröffentlicht zu können, deren weitere Ausarbeitung unter der Oberleitung des Generals Le Rond vor sich gehen sollte. Man kann ihn als den Sachverwalter der französischen Militärpolitik im Osten bezeichnen. Als solcher ist er jetzt auch an die Spitze des Aufsichtsrates der Danziger Werft gewählt worden.

Was in Polen „staatsfeindlich“ ist

In den Minderheitenstreit in Polen ist eine ganz neue Sache hineingetragen worden. Es gibt in Polen ein Gesetz, das die einzelnen Gemeinden ermächtigt, ihr Gebiet trocken zu legen, d. h. den Verkauf von alkoholhaltigen Getränken zu verbieten, wenn die Mehrheit der Einwohner in einer Abstimmung diesen Wunsch ausdrückt. Von diesem Recht haben in den letzten Monaten u. a. 78 Gemeinden eines ukrainisch-galizischen Bezirks Gebrauch gemacht und die Mehrheit stimmte für die „Prohibition“, d. h. das Alkoholverbot. Die fast ausschließlich polnischen und jüdischen Inhaber der Schankstätten erhoben aber bei der Bezirkshauptmannschaft Klage. Der Bezirkshauptmann berief eine Versammlung der Gemeindevorstände ein und erklärte, daß er die Trockenlegung bekämpfen werde. Das Verhalten des Bezirkshauptmanns gab der Undo — Ukrainische nationaldemokratische Organisation — Anlaß zu einer Anfrage im Sejm (Landtag). Der Minister des Innern rief den Vrat, den die wasserigen ukrainischen Gemeinden dem polnischen Staat da zubereiten wollten, und er antwortete so:

Die Prohibitionsbestrebungen in den ukrainischen Gegenden seien als staatsfeindliche Handlung zu bewerten, da sie dem Staat die Monopolerträge entzögen und die vornehmlich nichtukrainischen Konzessionsinhaber ihrer Einnahmen beraubten. Die Abstimmungen in den Gemeinden seien unter dem Druck der ukrainischen nationalen Vereinigungen erfolgt und seien durch die Werbearbeit der ukrainisch-nationalen Presse vorbereitet worden. Dadurch erhalte die Angelegenheit ein national-politisches Gesicht. Der Bezirkshauptmann sei im Recht, wenn er die Prohibition im Interesse des Staates unterdrücke.

Das wäre zunächst zu sagen, daß das polnische Parlament, als es dem bewußten Gesetz zustimmte, offenbar eine „staatsfeindliche“ oder zumindest „den Staatsfinanzen abträgliche Handlung“ begangen hat; damals scheint das ganze Ministerium nichts dergleichen empfunden zu haben. Die Bekämpfung des Alkoholismus war ihm offenbar wichtiger als der Ausfall an Erträgen des Spiritusmonopols, zumal diese Einbuße aufgewogen werden kann durch Ersparnisse bei der Fürsorge für die Alkoholiker usw. Nach der Ansicht des Ministers des Innern und auch des Ministers des Aeußern müßten sich die Fremdböcker in Polen dem Staatsvolk assimilieren. Suldigen die Polen dem Schnaps, so haben die Ruß-Polen die Pflicht, ihrem Beispiel nachzuzweifeln. Schnapstrinken ist ein Zeichen von Erbgebelheit für den polnischen Staat!

Evangelischer Reichs-Elterntag

In Breslau begann am 5. April der Evang. Reichselterntag. Am Tag vorher fand unter starker Beteiligung der Erzieherkreise von der Dorfschule bis zur Hochschule und in Anwesenheit zahlreicher Vertreter von Behörden und Vereinigungen auch des Auslands die religionspädagogische Konferenz der Gesellschaft für evangelische Pädagogik statt.

Die Verhandlungen, die Vizepräsident Dr. Waffner-Magdeburg leitete, beschäftigten sich mit der Bedeutung des Unbewußten für Lebensgestaltung und Erziehung. Professor D. Gruhn-Berlin legte dar, in welchem Umfang das Unbewußte seine Herrschaft übt, nicht zum wenigsten auf dem Gebiet des religiösen Glaubens und der praktischen Wertung. Lic. Dr. Delekat-Berlin ging in einem zweifachen Vortrag der besonderen Frage nach, welche entscheidende Bedeutung dem Unbewußten im Bildungsprozeß zukomme.

In der Aussprache wurden insbesondere die Folgerungen erörtert, die sich vom Standpunkt der Tiefenpsychologie für pädagogische Grundfragen, wie Wachstum, Gemeinschaft, Lehrstoff, Disziplin usw. ergeben.

In dem Hauptkonvent berichtete der Geschäftsführer, Studientrat Hertenburg-Berlin über die ausgedehnte Vortragstätigkeit der Gesellschaft, ihre Wirksamkeit auf dem Gebiet der erziehungswissenschaftlichen Beratung, ihre literarischen Veröffentlichungen usw. Er wies darauf hin, daß die Bestrebungen der Gesellschaft eine wachsende Förderung und Aufnahme in der Öffentlichkeit finden.



Neue Nachrichten

Zur Boris in Berlin

Berlin, 7. April. König Boris von Bulgarien ist gestern inognito in Berlin eingetroffen. — Der König sucht bekanntlich Heilung eines Ohrenleidens bei deutschen Ärzten.

Die Große Koalition — Umbildung der Reichsregierung

Berlin, 7. April. Nachdem sich die Regierungsparteien über den Haushaltsplan und die Deckung des Fehlbetrags geeinigt haben, wird nach dem Lokalanzeiger ein Ausschuss der fünf Fraktionen eingesetzt werden zur Durchführung der Großen Koalition, durch die das Zentrum wieder drei Reichsminister erhalten soll. Offen bleibt noch die Forderung der Deutschen Volkspartei auf Ausdehnung der Großen Koalition auf Preußen.

Große Koalition in Mecklenburg-Strelitz

Neu-Strelitz, 7. April. Die Bildung einer Koalition zwischen Sozialdemokratie, Arbeitsgemeinschaft der Mitte (Handwerker und Demokraten) und Deutscher Volkspartei ist grundsätzlich vereinbart. Es sollen zwei neue Komitees gegründet werden und je ein Demokrat und ein Volksparteiler als Staatsräte dem bisherigen alleinigen Staatsminister v. Reibnitz beigegeben werden.

Die Reichshilfe für Ostpreußen

Berlin, 7. April. Die von der Reichsregierung vorgesehenen Hilfsmaßnahmen für Ostpreußen bestehen nach den Entwürfen, die noch der Zustimmung des Reichstags und des Reichsrats bedürfen, u. a. in Frachtermäßigungen auf drei Jahre (jährlich 10 Millionen Mark), Erleichterungen der Seefahrtabgaben, ebenfalls auf drei Jahre (je 300 000 Mark), in einer Aufwendung zur Stillung der Kleinbahnen von rund 1,7 Millionen Mark. Von den vom Reich gewährten Siedlungshilfen in im Gesamtbetrag von 50 Millionen Mark sollen 20 Millionen Mark für Ostpreußen vorweg flüssig gemacht werden; außerdem zusätzlich weitere 18 Millionen Mark hauptsächlich für Anliegersiedlungen; für den Betriebserhaltungsfonds 8 Millionen Mark, für Zinserleichterungen 3 Millionen Mark, für die Erleichterung der Kommunallasten 7 Millionen Mark. Der weiteren sind Garantien in Höhe von 70 bis 80 Millionen Mark ausgewiesen zur Umschuldung für das Handwerk, die Kleinbauern und die Fischerei.

Für konfessionellen Frieden

Berlin, 7. April. Unter Beteiligung namhafter Persönlichkeiten aus dem evangelischen und aus dem katholischen Lager ist ein paritätischer Ausgleichsausschuss ins Leben getreten, der die Aufgabe hat, bei Grenz- oder Streitfragen zwischen den beiden großen christlichen Konfessionen seinen vermittelnden Einfluss geltend zu machen. Dem Ausschuss gehören an von evangelischer Seite: Studiendirektor D. Fahrhorst-Berlin, Prof. D. Hermelink-Warburg, Kirchenrat D. Kübel-Frankfurt a. M., Prof. D. Mulert-Kiel, Prof. D. Nade-Marburg, Pfarrer D. Schubert-Berlin, Prof. Dr. Siegmund Schulze-Berlin, Reichsgerichtspräsident a. D. Dr. Simons-Weipzig, Geheimer Regierungsrat Tilling-Berlin. Von katholischer Seite: Reichsminister a. D. Dr. Brauns-Berlin, Reichsminister a. D. Dr. Giesberts-Berlin, Regierungsdirektor Dr. Heß-Wrweiler, Schriftsteller Soos-W. Stadbach, Prälat Prof. Dr. Lauscher-Bonn, Dompropst Prof. Dr. Mausbach-Münster, Ministerpräsident a. D. Dr. Stegerwald-Berlin, Reichsgeneralsekretär Dr. Wodel-Berlin, Frl. Dr. Wingerath-Köln, Frau Oberstudienrätin Bronka-Allenstein. Wie verlautet, wird der Ausschuss noch im Laufe dieses Monats seine Tätigkeit aufnehmen.

Neue Anschließungsverhandlungen Lippes

Bückeburg, 7. April. Der Schaumburg-Lippische Landtag hat in einer Entscheidung die Regierung ermächtigt, mit der preussischen Regierung neue Verhandlungen über den Anschluß des Landes an Preußen aufzunehmen. — Bei den ersten Verhandlungen hatte Schaumburg-Lippe seinerzeit gefordert, daß das ganze Dominialvermögen in Form eines in Aussicht genommenen Kreises dem Land sichergestellt werde. Preußen lehnte das damals ab mit der Begründung, es könne einem Anschlußland dessen Staatsbesitz nicht als Kommunalvermögen überlassen, da das eine ungerechtfertigte Bereicherung der Staatsbürger bedeute.

Der Lohntampf bei der Reichsbahn

Berlin, 7. April. Gegenüber einer Behauptung des „Vorwärts“, die von den Eisenbahnarbeitern geforderte Lohnerhöhung lasse sich allein durch Streichung der Leistungszuschläge zur Hälfte decken, erklärt die Reichsbahnverwaltung:

„Die neuen Lohnforderungen machen mindestens 81 Millionen Mark aus. Die Leistungszuschläge betragen aber insgesamt nur rund 24 Millionen. Auf die Leistungszuschläge, die u. a. im § 28 des Reichsbahngesetzes eine Stütze finden und auch früher schon durch die preussische Bahn ausbezahlt wurden, könne die Reichsbahn nicht verzichten. Es sei gerecht und billig, daß für den Dienst an besonders schwierigen Stellen eine Leistungszulage gewährt werde.“

Die Koalitionsverhandlungen in Wien

Wien, 7. April. Die bisherige Koalition scheint nunmehr wieder gesichert zu sein, nachdem die Christlich-Sozialen auf die Errichtung einer katholischen Universität in Salzburg, die ein Lieblingsplan Dr. Seipels gewesen war und die die Hauptursache der Entfremdung der Großdeutschen bildete, verzichtet haben.

Auflösung des mexikanischen Aufständischenheeres

Mexiko, 6. April. General Calles hat dem Präsidenten gemeldet, die Streitkräfte der Aufständischen befinden sich in völliger Auflösung. Die Regierungstruppen marschieren gegen die Stadt Chihuahua und die Grenzstädte im Norden. Der Gouverneur und der Schatzmeister des Staats Chihuahua sollen dem Versuch, die Kriegskasse der Aufständischen über den Rio Grande auf amerikanisches Gebiet zu flüchten, verhaftet worden sein.

Der Prozeß Langkopp

Berlin, 6. April. Die heutige Verhandlung im Prozeß Langkopp begann mit einer scharfen Erklärung des Staatsanwalts. Der Sachverständige des Reichsfinanzministeriums, Dr. Lazarus, sei in den Gängen des Gerichtsgebäudes zu wiederholten Malen auf das schwerste beschimpft worden. Er müsse fordern, daß alle Beamten, auch die Sachverständigen, davor geschützt werden, daß die Ausübung ihrer Pflichten in irgend einer Weise beeinträchtigt werde. Nach Protestmeldungen seien in einer Sitzung von Auslandsdeutschen am Freitag wiederum die schwersten Verleumdungen gegen Dr. Lazarus ausgesprochen worden. Dabei seien auch die beiden von der Verteidigung genannten Sachverständigen Krapp und Major Schöffel beteiligt gewesen, was ihn veranlaßt, diese beiden Sachverständigen abzulehnen. In der Verurteilung solle ferner der Vorsitzende geäußert haben, das Urteil im Langkopp-Prozeß sei ja bereits fertig. Die beiden Sachverständigen hätten diesen Satz nicht nur durchgehen lassen, sondern ihn durch Kopfnicken bestätigt.

Major Schöffel und Herr Krapp erklärten übereinstimmend die Zeitungsberichte für falsch und absichtlich irreführend. Sie haben der Versammlung zwar beigewohnt, aber mit Rücksicht auf ihre Sachverständigentätigkeit sich besondere Zurückhaltung auferlegt und in ihren Äußerungen auch darauf hingewiesen. Von den beanstandeten Äußerungen sei ihnen nichts bekannt.

Der Vorsitzende bemerkte, es sei zweifelhaft, ob es zweckmäßig gewesen sei, während des Prozesses eine Versammlung des Reichsverbandes der geschädigten Auslandsdeutschen abzuhalten. Der Zwischenfall war damit beigelegt und es wurde in den Bernehmungen fortgefahren.

Der wirtl. Staatshaushaltsplan für 1929

Der Entwurf des wirtl. Staatshaushalts für 1929 ist dem Landtag zugegangen. Die Gesamtausgaben belaufen sich auf 257 337 564 RM., die Gesamteinnahmen auf 247 434 413 RM., so daß ein ungedeckter Abmangel von 9 903 151 RM. verbleibt. Nach dem bei der Aufstellung des Entwurfs maßgebenden Grundfah, daß eine Erweiterung der bisherigen steuerlichen Belastung unter allen Umständen vermieden werden müsse, sind alle staatlichen Ausgaben scharf beschränkt worden.

Von den Gesamtausgaben entfallen beim Staatshaushalt 148 057 030 RM. oder 68 v. H. auf Personalausgaben und 69 609 434 RM. oder 32 v. H. auf die

sachlichen und vermischten Ausgaben. Bei den Deckungsmitteln entfallen 5 147 000 RM. oder 13 v. H. auf die Personalausgaben und 34 524 100 RM. gleich 87 v. H. auf die sachlichen Ausgaben. Im ganzen entfallen auf den Personalbedarf 153 204 030 RM. gleich 60 v. H., auf die anderen Ausgaben 104 133 534 RM. gleich 40 v. H. Von den Personalausgaben beim Staatshaushalt mit 148 057 030 RM. entfallen rund 50 v. H. auf die Kultverwaltung (bei Schulwesen) allein. Der Personalbedarf ist gegenüber 1928 um 1 990 808 RM. gestiegen, was ausschließlich auf Höheranläufe bei den Ruhegehältern und der Hinterbliebenenversorgung der Beamtenschaft zurückzuführen ist. Im Jahr 1927 betrug der Personalbedarf nur 123 097 731 RM., also rund 30 Millionen weniger. Der Unterschied ist in der Hauptsache die Auswirkung der im vorigen Jahr mit Rückwirkung auf den 1. Oktober 1927 vom Landtag beschlossenen Besoldungsneuregelung. Bei der Besoldungsregelung kann das Land von der des Reichs nicht erheblich abweichen. Größere Einsparungen bei den Personalausgaben sind also nur möglich durch starke Personalverringerung. Inwieweit eine solche durchgeführt werden könnte, wird sich zeigen, sobald das Gutachten des Reichsparkommisars vorliegen wird und wenn weiterhin die zurzeit schwebenden Fragen einer Umgestaltung des Verhältnisses zwischen Reich und Ländern einer Klärung zugeführt sein werden.

Im einzelnen sind noch folgende Hauptzahlen im Vergleich zum Haushalt 1928 von besonderem Interesse:

Es betragen die Reineinnahmen für den Landtag 737 540 (gegenüber 1928 mehr 26 820), für das Staatsministerium 594 630 (— 8900), für die Justizverwaltung 13 657 900 (— 107 550), für die Innenverwaltung 42 272 680 (plus 1 185 620), für die Kultverwaltung 54 943 989 (+ 785 334), für die Finanzverwaltung 13 011 400 (— 832 430), für die Wirtschaftsverwaltung 9 045 600 (+ 914 000), für die Staatsschuld 1 350 100 (— 250 000), für Renten, Zinsen und Entschädigungen 277 600 (— 31 900), für Verordnungen und Unterlassungen 23 667 000 (+ 1 867 000), für Notstandsbeihilfen 200 000 (unverändert), für Abschiedungen und ausgeschiedene verheiratete Beamtinnen 73 800 (+ 22 800), für den allgemeinen Verfügungsbefrag 100 000 (— 55 500), für den Verwaltungsgerichtshof 58 500 (— 1200) RM.

Es betragen ferner die einmaligen Ausgaben beim Landtag 16 000, bei der Justizverwaltung 140 000, bei der Innenverwaltung 9 070 450, bei der Kultverwaltung 742 850, bei der Finanzverwaltung 5 325 200, bei der Wirtschaftsverwaltung 624 000 RM.

Die Deckungsmittel ergeben folgendes Bild der Reineinnahmen: Grund- und Gebäude- und Gewerbesteuer 20 500 000 (+ 1 050 000), Gebäudeverschuldungssteuer 9 480 000 (— 160 000), Sporteln und Gerichtskosten 8 100 000 (+ 489 000), Zuschlag z. Reichsgrunderwerbssteuer 1 700 000 (— 100 000), Einnahmen aus Reichsforsten 88 493 000 (— 50 000), Domänen 1 889 000 (+ 488 000), Forsten 11 681 000 (— 793 000), Berg- und Hüttenwerke 45 000 (— 5000), Salinen 150 000 (unv.), Bad Wildbad 10 000 (unv.), Münze 67 000 (+ 7000), Regierungsblatt 15 000 (unver.), Staatslotterie 800 000 (unv.), verschiedene Einnahmen 1 357 000 (+ 215 000) RM. Beim Staatsangehörigen decken sich Einnahmen und Ausgaben mit 336 000 RM.

Kein Erfolg war bis jetzt den fortgesetzten Bemühungen beschieden, das Reich dazu zu bringen, die seit 1923 eingestellten Zinszahlungen für die Uebertragung von Post und Eisenbahn wieder aufzunehmen. Bekanntlich hat Würtemberg, um seine Verjährung eintreten zu lassen, den Staatsgerichtshof angerufen. Als einmalige Einnahme war noch ein Restvermögensbestandteil in Höhe von 7 786 288 Reichsmark greifbar.

Das gleichzeitig dem Landtag vorgelegte Staatshaushaltsgesetz bestimmt, daß der Fehlbetrag in Höhe von 9,9 Millionen aus dem Betriebs- und Vorratskapital der Staatshaushaltssache vorzuschließen ist, soweit er nicht aus dem möglichen Anfall an Einnahmen gedeckt werden kann. Das Betriebs- und Vorratskapital der Staatshaushaltssache wird auf 16 Mill. festgelegt. Bei der Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer beträgt der Steuerfuß 5 v. H.; ihm ist das Kataster der Weinberge mit 60 v. H., der Waldungen mit 110 v. H., das übrige Grundkataster und das Gefällkataster, sowie das Gebäudekataster mit 100 v. H. zugrunde zu legen.

Württemberg soll übrigens vom Reich aus der Postabfindung die Zinsen seit 1924 im Betrag von einigen Millionen erhalten.

Eisenbahnzusammenstoß in Badnang

Stuttgart, 7. April. Am Samstag, den 6. April, nachmittags 2.50 Uhr ist der Personenzug 639 Stuttgart-Besfelten bei der Abfahrt in den Bahnhof Badnang 800 g auf den dort zur Abfahrt bereitstehenden Güterzug 850 g

Entlarvt!

Roman von Otto Ciper.

Loppright by Greiner & Co., Berlin NW 6.

(Nachdruck verboten.)

34. Fortsetzung.

Frei teilte ihr mit, daß man dem wahren Dieb des Schmuckgegenstandes auf der Spur sei, daß sein gleich anfänglich gehegter Verdacht, daß Stanislaus der Täter sei und die verbrecherische Intrige gegen ihn eingeschleust habe, sich bestätigt hätte und daß man sehr wahrscheinlich heute schon zur Verhaftung Protowakys, der sich außerdem einer Wechselfälschung schuldig gemacht habe, schreiten werde. Jeder Verdacht gegen ihn selbst sei hinwiegend geworden und er sehe nunmehr glänzend gerechtfertigt da.

Die Freude in der Familie des Oberamtmanns war ebenso groß, wie die Eritas und der braven Miß Bayley. Aber in Erika erwarteten diese Mitteilungen auch ernste Gedanken; sie mußte an ihre Mutter denken, wie tief sie die Aufklärung über den Charakter ihres Schütlings ertragen werde und ob nicht jetzt schon der Zeitpunkt der Verzeihung gekommen sei.

Erika äußerte diesen Gedanken auch der Frau Born gegenüber, mit der sie in ein inniges Verhältnis getreten war.

Frau Born nickte ernsthaft mit dem Haupte. „Ich habe auch schon daran gedacht, liebes Kind,“ sagte sie nachdenklich, „wie Ihre Mama diese Aufklärung ihres Jertums aufnehmen wird. Man weiß nie, wie falsch solche Charaktere auf der Ihren Mama, derartige schwere Enttäuschungen auslösen; jedenfalls werden sie mehr und schwerer darunter, als oberflächliche Naturen.“ „Ich fürchte fast,“ entgegnete Erika traurig, „Mama

wird jetzt erst recht jede Ausöhnung zurückweisen, um sich verstimmt und enttäuscht von uns allen zurückzuziehen. Mama ist nicht lieblos, aber wenn ihr Stolz einmal verletzt ist, dann kann sie unverföhentlich sein.“

„Das verhält der liebe Gott,“ sagte die wackere Frau Oberamtmann. „Das wäre ein fündhafter Stolz; der wahre Stolz erkennt sein Unrecht an und beugt sich demütig dem Recht.“

„Mama wird das Recht anerkennen, das weiß ich, dafür liebt sie die Gerechtigkeit zu sehr — aber einen Schritt zur Veröhnung wird sie nicht tun.“

„So müssen Sie den ersten Schritt tun, mein Kind, indem Sie jetzt zu Ihrer Mama eilen, zu ihren Füßen ihre Verzeihung erbitten für den Schritt, den Sie der Gerechtigkeit zuliebe tun mußten, und sich in kindlichem Gehorsam dem Willen Ihrer Mama fügen. Einer Mutter gegenüber ist der Stolz nicht angebracht, der Mutter gegenüber behält das Kind stets unrecht.“

„Ja, liebste Frau Oberamtmann,“ erwiderte Erika mit Tränen in den Augen, „denselben Gedanken habe ich auch schon gehabt. Und ich denke, ich werde ihn noch heute ausführen. Aber dann — ach, liebste, beste Frau Born, dann wird wenig Hoffnung sein, daß frei und ich glücklich werden!“

„Das steht in Gottes Hand, mein Kind,“ beruhigte Frau Born ernst. „Wir können kein Glück erzwingen — und so gern ich auch glücklich sehen möchte, so beuge ich mich doch willig der Entscheidung Ihrer Mama. Und auch dich wird geduldig sein.“

Erika weinte leise. „Es wäre schrecklich...“ „Ihnen bleibt jetzt nichts weiter zu tun übrig, liebe Erika,“ fuhr Frau Born fort, „zu Ihrer Mama zurückzukehren und ihr in dieser schweren Zeit als demütige und gehorsame Tochter zur Seite zu stehen. Alles andere müssen Sie ihr anheimstellen, und das Mutterherz wird schon die richtige Entscheidung treffen.“

„Sie haben recht, liebste Frau Born,“ entgegnete Erika und trocknete entschlossen ihre Tränen. „Ich werde sofort an die Vorbereitungen gehen, damit ich noch heute reisen kann.“

„So ist es recht, mein Kind...“ Frau Born lächelte Erika zärtlich auf die Stirn, und diese eilte in ihr Zimmer, um ihr Gepäc in Ordnung zu bringen.

Die wackere Miß Bayley war allerdings etwas überrascht durch den Entschluß Eritas, billigte ihn jedoch schließlich und protestierte nur, daß sie selbst nach Gut Dambach zurückkehren sollte.

„Wenn Ihre Frau Mama,“ sagte sie, „mich wiederhaben will, soll sie mich holen oder mir wenigstens schreiben. Ich bin mir keines Unrechts bewußt, habe nur meine Pflicht getan, indem ich Sie begleitete, um Sie nicht schuldig in die Welt hinausgehen zu lassen — ich habe keinen Grund, reumütig zurückzukehren.“

Dabei blieb sie, und Erika ließ sie gewähren, in der sicheren Hoffnung, daß später auch eine Veröhnung zwischen Miß Bayley und ihrer Mutter zustande kommen werde.

Erika war noch mit dem Einpacken ihrer allerdings nicht sehr umfangreichen Garderobe beschäftigt, als das Stubenmädchen in das Zimmer trat und ausdrückte, daß Frau Oberamtmann das gnädige Fräulein bitten lasse, in das Wohnzimmer zu kommen, da Frau Oberamtmann Erika eine wichtige Mitteilung zu machen habe.

Erika begab sich in das Wohnzimmer, wo ihr Frau Born mit einem Lächeln der Rührung auf dem guten Gesicht entgegen trat.

„Was ist geschehen, Frau Oberamtmann?“ „Nichts, was Sie erschrecken könnte, liebes Kind,“ entgegnete Frau Born mit bewegter Stimme. „Ich habe recht behalten: Das Mutterherz trübt nicht die richtige Entscheidung — gehen Sie in den Salon, dort erwartet Sie jemand...“

Wachung — Untertürkheim aufgestiegen. Wader sind 10 Mal fende leicht verletzt worden. Weitere 14 klagen über Kopf- und Rückenschmerzen. Die beiden Lokomotiven, 3 Personen- und 3 Güterwagen sind leicht beschädigt worden. Sämtliche Reisenden konnten die Fahrt mit 40 Minuten Verspätung fortsetzen. Der Unfall wurde dadurch veranlaßt, daß die diensttuenden Beamten des Bahnhofs Veranlassung dem Personenzug die Einfahrt auf das besetzte Gleis versehentlich freilagten.

Württemberg

Stuttgart, 7. April.

Vereinigung des Christl. Volksdiensts und der Evang. Volksgemeinschaft. Auf der Reichstagung des Christlichen Volksdiensts, die am 1. und 2. April in Kassel stattfand, wurde die am 3. Februar 1929 in Frankfurt a. M. vollzogene Vereinigung zwischen Christlichem Volksdienst und Evangelischer Volksgemeinschaft anerkannt und bestätigt.

Franziskaner nach Stuttgart. Der kath. Kirchenstiftungsrat Herz-Jesu in Stuttgart hat an das Bistöfliche Ordinariat in Rottenburg die Bitte gerichtet, für den Stadtbezirk Raitelsberg eine eigene Pfarrei (die 13. in Stuttgart) bzw. einen eigenen Geistlichen zu bestellen, und wenn möglich, die Fudäer Ordensprovinz der Franziskaner mit der Eröffnung einer Kirche auf dem von der Gemeinde bereits angekauften Platz und mit der Ausübung der geistlichen Tätigkeit zu beauftragen. Bischof Dr. Sproll hat den Stiftungsrat ermächtigt, mit den Franziskanern in Verbindung zu treten.

Vom Tage. In der Nacht auf Samstag geriet Ede König- und Kronenstraße ein Personkraftwagen ins Schleudern und stieß mit einem Straßenbahnzug zusammen, wobei sich das Benzol entzündete, so daß das Auto verbrannte. Die Insassen blieben unverletzt.

Beim Zug 18.41 (nach Böttingen) wollte ein Fahrgast in Untertürkheim in den fahrenden Zug einspringen, verfehlte aber den Fußtritt und kam auf den Bahnkörper zwischen Bahnsteig und Gleis zu liegen. Dem Bahnsteigaufsichtsbeamten, der mit seinem Befehlsstab den Reisenden stark auf den Boden drückte, hat er sein Leben zu verdanken. Der Zug ging über ihn weg, ohne ihn zu berühren.

Aus dem Lande

Böttingen, 7. April. Gedächtnisfeier. Anlässlich des 30. Todestags des verstorbenen Abgeordn. Dr. Eilbe wird am Sonntag, 28. April, vormittags 10.30 Uhr, eine Gedächtnisfeier am hiesigen Ebnentmal stattfinden.

Heilsbrunn, 7. April. Ein Spezialist in Bauernhaushaubendiebstahl. Der 40 Jahre alte Karl Ribold von Markgröningen, ein gewohnheitsmäßiger Bauernhaushaubendiebstahl, wurde vom Schöffengericht wegen mehrerer schwerer und einfacher Diebstahle zu der Gesamtstrafe von 5 Jahren 6 Monaten Zuchthaus unter Einreihung von 3 und 2 Jahren Gefängnis, die in Stuttgart gegen ihn ausgesprochen wurden, sowie Ehrverlust von 5 Jahren verurteilt.

Reutlingen, 7. April. Elefantenjagd. Beim Transport vom Bahnhof zum Zirkusgelände brachen einige Elefanten des Zirkus Krone aus. Während die älteren Tiere nach Zertrampelung einiger Gärten und Zerstörung von hölzernen und eisernen Säunen eingefangen werden konnten, gelang dies bei einem jungen Tier erst nach zweifelhafte Sünder Jagd durch die Straßen der Stadt. In der Wilhelmstraße schloffen die Kaufhausinhaber die Rolläden; trotzdem zerstörte der Elefant verschiedene Schaufenster. Böse Zungen behaupten, daß es sich um einen Nachkommen des bekannten Hagenbeck'schen Elefanten handle, der seinerzeit in Reutlingen zum Traubentreten verwendet wurde und sich dabei die Fäße wund stampfte.

Schramberg, 7. April. Betriebsratswahl. Bei der Betriebsratswahl bei der Fa. Gebr. Junghans haben von 2400 Wahlberechtigten 2085 abgestimmt, ungültig waren 26 Stimmen. Es erhielten: Vorschlag 1: Freie Gewerkschaften 1316 Stimmen, 10 Sitze; Vorschlag 4: Christl. Gewerkschaften 515 Stimmen, 4 Sitze; Vorschlag 3: Hrich-Dunkel-163 Stimmen, 1 Sitz; Vorschlag 2: Nationale Arbeiterschaft 65 Stimmen, kein Sitz. Gegen den früheren Bestand haben die Christl. Gewerkschaften 1 Sitz gewonnen, die Freien 1 Sitz verloren.

Ulm, 7. April. Veränderte Schulferien. Die hiesigen Schulen werden während des Sängerfests zu Quartieren benötigt. Das würt. Kultministerium hat deshalb genehmigt, daß die Schulferien in Ulm etwas verlegt werden und die ausfallenden Tage in den großen Ferien wieder eingebracht werden.

Geschleift. In der Gerbergasse scheute das Pferd an einem Einspännerfuhrwerk des Riebhofs. Der 70jährige Fuhrmann wurde vom Wagen geschleudert, eine kurze Strecke geschleift und schwer verletzt.

In einer größeren Diebstahlsangelegenheit wurde ein Dieb und dessen Helfer in Haft genommen und noch mehrere Helfer festgestellt.

Heidenheim, 7. April. Erfindung. Dem Versicherungs-Oberinspektor Peter V a m b hier ist ein Schalldämpfer für den Auspuff von Explosionsmotoren bei Autos und Motorrädern patentiert worden. Durch die Drosselung der Abgase soll nur noch ein schwaches, dumpfes Geräusch vernehmbar sein, das nicht mehr störend wirke.

Vom Ries, 7. April. Tödlich überfahren. Der 55 J. a. Bauer Johann Bösch von Reimlingen war auf dem Heimweg begriffen, als er nicht weit von Nördlingen entfernt von einem Radfahrer zu Boden gerissen wurde. Er erlitt einen schweren Schädelbruch, dem er tags darauf erlag.

Ravensburg, 7. April. Tot auf den Schienen. Auf der Bahnstrecke Ravensburg-Weissenau wurde Freitag früh der 21 Jahre alte, in Ravensburg beschäftigte Buchbindergehilfe Sieber von Krauchenwies auf dem Bahnkörper tot aufgefunden. Es liegt Selbstmord vor.

Beim städtischen Krankenhaus fuhr ein Personkraftwagen auf ein zweispänniges Fuhrwerk des Landwirts Wähl hier. Der Pferdewagen erlitt einen doppelten Beinbruch und ein Pferd wurde ein Hinterfuß abgefahren, so daß es erschossen werden mußte.

Von der bayerischen Grenze, 7. April. Brand. In Bantenburg bei Westerdorf ist die Stallung und der Stadel des Küfermeisters Johann S k e i n e r wahrscheinlich infolge Brandstiftung völlig abgebrannt.

Nürtingen, 5. April. Erneuerung des Doktor diploms. Eine seltene Ehrung durfte Medizinalrat Dr. Kombera entgegennehmen, Luz Peter Linde 86. Ge-

burtstages denouerte ihm nach 60 Jahren die medizinische Fakultät der Universität Tübingen die Würde eines Doktors der Medizin. Med.-Rat Dr. Komberg, der seit 1871 hier seinen Beruf ausübt, genießt allgemeine Verehrung und Verehrung.

Schwennungen a. N., 5. April. 70. Geburtstag. Geheimer Kommerzienrat Jakob Kienzle, Gründer der bekannten Kienzle Uhrenfabriken AG. in Schwennungen am Neckar feiert am 12. April seinen 70. Geburtstag. Der Auffchwung der Kienzle Uhrenfabriken AG. vom kleinen örtlichen Betrieb zum großen Weltunternehmen mit mehr als 3000 Werksangehörigen ist sein Werk. Geheimrat Kienzle lebt in Stuttgart, ist aber Vorsitzender des Aufsichtsrats geblieben.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Graf zu Dohna-Schlobien vollendete am 5. April das 50. Lebensjahr. Im Weltkrieg war Fregattenkapitän Graf zu Dohna, ein Ostpreuße, Kommandant des berühmt gewordenen Hilfskreuzers „Röwe“, mit dem er den Kreuzerrieg im Atlantischen Meer führte. Unerwartet ersahen damals der geheimnisvolle Kreuzer überall auf den Dampferwegen und versenkte die mit Kriegsbedarf beladenen feindlichen Handelsschiffe. Biermal durchbrach die „Röwe“, von ihrem Kommandanten geleitet und energisch geführt, die englischen Blockadelinien im Norden Schottlands. Niemand hatte das vorher für möglich gehalten. „Schon in der Nordsee werden Sie von den Engländern arretiert“, hatte man ihm vorausgesagt. Die Reichsmarine hat zur Erinnerung an die Ruhmestaten der „Röwe“ und ihres Kommandanten dem ersten nach dem Krieg gebauten Torpedoboot den Namen „Röwe“ gegeben.

Kirchliches Krematorium in Berlin? Die Berliner Stadtynode beschloß mit knapper Mehrheit die Annahme eines von der Linken eingebrachten Antrags auf Errichtung eines kirchlichen Krematoriums für Groß-Berlin. Der Beschluß wird noch die Generalsynode beschäftigen.

Nachwinter. In Dresden wurden in der Nacht zum 5. April 7 Grad, auf dem Fichtelgebirge 12 Grad Kälte gemessen. — Im Taunus liegen 12 Zentimeter Reuschnee. Der Feldberg hat eine Schneedecke von einem halben Meter bei 9 Grad Kälte. Im Innern der Stadt Nürnberg liegt der Schnee 10 Zentimeter hoch.

Der Konkurs der Stadt Oshäufte. Die Bemühungen der sächsischen Stadt Oshäufte, im Vergleichswege eine Einigung mit ihren Gläubigern herbeizuführen, sind gescheitert. Die Stadt hat daher den Antrag auf Eröffnung des Konkursverfahrens über ihr Vermögen gestellt. Die Entscheidung des Ministeriums des Innern über diese Frage, ob Zahlungsunfähigkeit und Uberschuldung gegeben sind, steht aus.

Bershwunden. In Bölkersfelder (Rhön) wird seit mehreren Tagen der Meggermeister Adler vermisst, der mit einem größeren Geldbetrag von Brückenau her unterwegs war.

Im Gefängnis in Koburg hat sich der zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilte Bahnarbeiter Karl Halternmaier erhängt. Er hatte im Dezember v. J. seinen Freund, den einarmigen Versicherungsagenten Böbel aus Michelau in der Nähe von Lichtensfels in Oberfranken ermordet und beraubt.

Eisenbahnunglück in Rumänien. Der Schnellzug Kischineu-Bukarest ist bei der Station Boboc in der Nähe von Buzeu entgleist. Drei Personenwagen stürzten um. Nach den bis jetzt vorliegenden Nachrichten wurden 20 Personen getötet und 60 verletzt. Die Rettungsarbeiten werden durch den herrschenden Schneesturm behindert.

Die skandalösen Zustände auf dem Leipziger Schlachthof. Der unlängst aufgedeckte Fleischverschwendungsbetrug auf dem Leipziger Schlachthof zieht immer weitere Kreise. Jetzt sind auf Grund der Selbstanzeige eines Hilfsaufsebers außer diesem auch gleich noch sechs Schlachtgehilfen aus der Sanitätsabteilung des Schlachthofs verhaftet worden unter der schwerwiegenden Anschuldigung, jahrelang Leber und Därme von krank befundenen Tieren an Fleischer bzw. Händler verkauft zu haben. Durch die bisherigen Ermittlungen wird vor allem auch der schon festgenommene Stadtveterinarrat Bertuch stärkstens belastet.

Eine afghanische Amazone. Der Londoner „Daily Express“ berichtet aus Karachi, eine Schwester des Schahs Nur Sardar von Wagal, die die „Amazone der Afghans“ genannt wird, habe sich mit einer Schar ihrer Stammesangehörigen auf den Weg nach Kabul gemacht in der Absicht, Bacha I Sakao, den Widerjacher Aman Ullahs, anzugreifen.

Große Entrüstung ist in der Pfalz darüber, daß ein Autoklub in Kaiserslautern zu Ostern mit 250 Autos und über 1000 Teilnehmern Lust nach Paris gefahren ist. — Die Reparationskonferenz und die Herren um Poincaré werden durch solche Torheiten nur in dem Glauben bestärkt, daß es den Deutschen außerordentlich gut gehe.

Hilfsbereitschaft eines Hapagdampfers. Am 10. Februar fiel die kleine nordchilienische Stadt Caleta Buena einem furchtbaren Brand vollständig zum Opfer. Von dem zu dieser Zeit vor der Stadt ankernenden Hapagdampfer „Adolf von Baeyer“ beteiligten sich drei Offiziere und 35 Mann der Besatzung an den notwendigen Arbeiten. In der Brandnacht wurde aus dem Dampfer Brot gegeben, das am nächsten Morgen zur Verteilung gelangte. Ferner wurden mehrmals große Behälter mit Reis, Fleisch, Kartoffeln, Fett, Käse und Kaffee an Land gebracht. Der Hapagdampfer übernahm noch eine Anzahl Verletzte und Kranke, um sie nach Iquique zu bringen. Die chilenische Regierung ließ der Hamburg-Amerika-Linie Dank und Anerkennung für die aufopfernde Hilfs- und Rettungstätigkeit der gesamten Besatzung aussprechen.

Furchtbare Missetat. In Eichenau (Oberschlesien) fand man die Frau eines Lokomotivfahrers, das sechs Tage alte Kind und die Mutter der Frau mit durchschnittlichen Ketten in ihrer Wohnung tot auf. Der zuerst entstandene Verdacht, daß der Ehemann der Täter sei, bestätigte sich nicht, da er nachweisen konnte, daß er in der Nacht nicht zu Hause war. Aus einem aufgefundenen Briefe entnimmt man, daß die Schwiegermutter, die katholisch war, mit dem evangelisch getrauten jungen Ehepaar Streit gehabt hat über die Frage, in welcher Konfession das Kind getauft werden solle. Aller Wahrscheinlichkeit nach hat in der vergangenen Nacht die Mutter der Tochter mit einem Rasiermesser die Kehle durchschnitten, darauf das Kind getötet und sich selbst umgebracht.

Ein vielgenannter Gewohnheitsdieb ist am 4. April im Alter von 79 Jahren in England gestorben, der Schätzer

David Davie s. In ganz England bekannt als „Der Schätzer von Dartmoor“. Seine unweibertliche Liebhaberei war es, in der Kirche den Klingelbeutel zu bestehlen, und fast ein halbes Jahrhundert hat er deswegen im Gefängnis zugebracht. Als Lloyd George die Reform des englischen Strafrechts durchführte, bediente er sich des Falls des Schätzers von Dartmoor und erklärte im Unterhaus, Davies sei ein Opfer des mittelalterlichen englischen Strafrechts. Der Schätzer wurde darauf aus dem Gefängnis entlassen, aber schon am nächsten Sonntag mußte er wegen Verabreichung des Klingelbeutels wieder verhaftet werden, obgleich im Land für ihn Sammlungen veranstaltet wurden, so daß er keine Not zu leiden brauchte. Die letzten Jahre seines Lebens verbrachte Davies im Arbeitshaus seiner Heimatgemeinde. Alle Zeitungen widmen ihm Nachrufe.

Ein kalter Tag. Die nördlichen Luftströmungen, verbunden mit den Schneefällen, haben erhebliche Kälte verursacht. Nach den amtlichen Berichten gab es in der Nacht zum Donnerstag starken Frost. Er betrug in Stuttgart — 3, Freudenstadt — 8, Wildbad — 7, Münsingen — 9, Sigmaringen — 3, Ravensburg — 4, Friedrichshafen — 2 Grad. Im Murgtal sank das Thermometer Freitag auf — 15, Gmünd hatte — 9, Backnang — 8 Grad.

Heiratspläne für Prinzessin Juliana. Die englische Presse berichtet über angebliche Heiratspläne für die holländische Thronfolgerin Prinzessin Juliana. Hierin soll das Haus Sachsen-Koburg-Gotha, das europäischen Thronen schon so zahlreiche Könige geliefert hat, den zukünftigen holländischen Prinzen Leopold, und zwar in der Person des 22jährigen Prinzen Leopold, Prinz Leopold, ein Sohn des letzten regierenden Herzogs, studiert in Hannover Forstwissenschaft, während die 19jährige Prinzessin Juliana auf der Universität immatrikuliert ist.

Im Konkurs der Frau Zubkow sind bis jetzt 660 000 M. Forderungen angemeldet, darunter viele zweifelhafte. Da im Juni v. J. die Vermögensverhältnisse der Frau Zubkow vom kaiserlichen Haus Schaumburg-Lippe noch einmal geordnet worden waren, sind die neuen Schulden in den letzten 7 Monaten entstanden. Gerissene Abenteuer aus Russland, denen sich die in den einfachsten Rechtsbegriffen untunliche Frau anvertraute, haben ihr, wie der Konkursverwalter feststellt, 37 Rennpferde eines Berliner Händlers aufgeschwemmt und sie zu allen möglichen unsinnigen Käufen und Geschäften verleitet und sie dabei um bedeutende Summen gebracht. Heute noch verkehren seine Ruffen bei Frau Zubkow, verschiedene andere sind mit ihrem Raub aus Deutschland verschwunden, wie Zubkow selber, der in Paris sein Leben treiben soll. An Konkursmasse ist eigentlich nur die Jahresrente von 30 000 M. vorhanden, die das kaiserliche Haus der Frau Zubkow trotz alledem bewilligt hat, davon gehen aber 9000 Mark Miete für das von ihr bewohnte Palais Schaumburg ab. Der sehr wertvolle Schmuck wurde zum größten Teil von der Hofkammer durch Verträge übernommen.

Die Chemiker dürfen wieder baden. Der Rat der Stadt Chemnitz hat das vollständige Badeverbot aufgehoben. Es darf an einem Tag in der Woche gebadet werden, an den übrigen Tagen bleibt das Baden wegen der noch immer bestehenden Trintwasserent unterlag.

Giftgase über Halle. Das Landgericht Halle hat auf Antrag der Staatsanwaltschaft gegen vier Bergwerksdirektoren und einen Betriebsführer das Hauptverfahren eröffnet. Den Angeschuldigten wird zur Last gelegt, die Gase der Schwelereianlage beim regelmäßigen Betrieb in die freie Luft abgeführt und nicht durch geeignete Mittel unschädlich gemacht zu haben, ferner durch Fahrlässigkeit die Gesundheitsschädigung vieler Personen in Halle und Umgebung auf diese Weise verursacht zu haben.

Unterschlagung. Bei der Postzeit in Berlin stellte sich ein 33jähriger Lehrer aus Schaperode, der im Nebenamt Kaffier der dortigen Spar- und Darlehenskasse war. Er gab an, daß er in letzter Zeit 23 000 Mk. unterschlagen und für sich verbraucht habe.

Ein Rheindampfer gesunken. Bei Urfeld wurde der Schleppdampfer „Röwe“ von dem stromaufwärts fahrenden Raddampfer „Rotterdam“ angegrannt und sank in zwei Minuten. Von der sechs Mann starken Besatzung wird der Heizer vermisst.

Schwerer Unfall auf dem Schlachtfeld von Douaumont. Zwölf Gymnasten aus Lille besuchten unter Führung ihres geistlichen Direktors, Pfarrer Belle, während der Osterferien das Schlachtfeld von Douaumont, um an der Suche nach zerstreuten Gebeinen teilzunehmen. Einer ihrer bisherigen Sinne gemäß zündeten sie vor den Gräbern der Toten in einem Granatloch ein Feuer an. Als sie dieses unter Umständen von religiösen Liedern umstanden, flog eine unter der Erde befindliche Granate infolge der Hitze in die Luft. Pfarrer Belle wurde von der Granate getroffen. Ein Schüler starb während des Transports nach einer in der Nähe gelegenen Baracke. Zwei andere Schüler wurden schwer verletzt nach Verdun gebracht. Sechs weitere Schüler wurden leicht verletzt.

Altferkürdiebstahl. In den Sammlungen der belgischen Stadt Woluwe wurde eine Anzahl Altferkümer von unschätzbarem Wert gestohlen. Die Diebe müssen Sach- und Kunstkenner sein; man vermutet, daß Kunstbändler beauftragt sind.

Die Kälte im Norden. Am 4. April wurden in Deserone (Schweden) 23 und in Norwegen 28 Grad Kälte gemessen.

Angeheuer Frostschäden im Gartenbau. Es gibt wohl keinen Erwerbszweig, der unter der Kälte dieses Winters so gelitten hat, wie der Gartenbau. Nicht nur die Freilandgewächse, sondern auch die Bestände in den Gemüschhäusern haben gelitten. Wohl sind die Anlagen meistens mit Heizungen versehen, jedoch sind diese meist auf derart niedere Temperaturen, wie sie der diesjährige Winter mit sich brachte, nicht eingerichtet. Besonders aber waren die vorhandenen Kohlenvorräte keinesfalls ausreichend und konnten vielfach nicht rechtzeitig ergänzt werden, da alle normalen Zufuhren versagten. Der deutsche Gartenbau, dem etwa eine halbe Million Volksgenossen angehören, kämpft schon seit Jahren einen überaus schweren Kampf gegen die starke Konkurrenz des Auslands. In anderen Jahren konnte der Erwerbsgartenbau in diese Jahreszeit das deutsche Volk schon mit mancherlei jungen Gemüsen versehen wie Spinat, Radieschen, Salat usw., was nach diesem harten Winter nur in bescheidenem Ausmaß der Fall sein kann. Trotzdem sind alle Angehörigen des Berufes fest entschlossen, sich nicht unterliegen zu lassen und den Kampf um ihre Weiterexistenz mit aller Energie aufzunehmen. Möchte doch die breite Masse des deutschen Volkes das ihrige dazu beitragen, daß die ohnehin zusammengeschmolzenen Bestände an Blumen, Pflanzen und Gemüsen zu annehmbaren Preisen abgeleitet werden können.

Lokales.

Wildbad, den 8. April 1929.

Film-Vorführung. Heute abend 8 Uhr findet in den Linden-Lichtspielen eine nochmalige Vorführung der zwei Unfallschuttsfilme statt. Niemand, hauptsächlich die Arbeiterklasse, sollte diese Filme anzusehen. Der Eintritt ist frei für jedermann.

Die Handballmannschaft des Turnvereins Wildbad trug gestern in Pforzheim gegen die Mannschaft des M.-T.-V. Baden-Baden ein Freundschaftsspiel aus, mußte sich aber von den Badenern, die eine technisch vollendete Mannschaft ins Treffen stellte, eine 4:1 Niederlage gefallen lassen. Der Umstand, daß die hiesige Turner mit Erfolg antreten mußten, dürfte mit zu dem Ergebnis beigetragen haben.

Generalversammlung. Der Krieger- und Militärverein hielt am Sonntag nachmittag im Hotel Röhler Brunnen seine Generalversammlung ab. Obgleich eine stattliche Anzahl Kameraden der Einladung gefolgt war, hätte der Besuch doch noch stärker sein dürfen. Gegen 3 Uhr konnte der 1. Vorsitzende Herr Hauptlehrer Pfau die Versammlung eröffnen. Er begrüßte die erschienenen Kameraden und insbesondere den bei dieser Versammlung anwesenden Fürsorgeanwalt vom Württ. Kriegerbund Kamerad Bugner-Stuttgart und gedachte in seinen einleitenden Worten besonders der im abgelassenen Geschäftsjahr mit Tod abgegangenen großen Anzahl Kameraden, zu deren Gedenken sich die Anwesenden von ihren Plätzen erhoben. Auf die am 10. März in Neuenbürg stattgefundene Kundgebung gegen die Kriegsschuldfrage, an der die Kameraden zahlreich teilgenommen haben und bei der Pfarrer Hier-Dittrich das Referat hielt, wies der Vorsitzende ganz besonders hin und betont, daß es dringend notwendig sei, bei jeder Gelegenheit sich gegen die Kriegsschuldfrage zu verhalten, da es eine Lebensfrage des deutschen Volkes sei, wenn mit dieser Lüge ausgeräumt werde. Daran anschließend erstatteten Kamerad Fritz Klotz den Geschäftsbericht und Kamerad Adolf Großmann den Kassenbericht. Der Kassenbericht weist erfreulicherweise einen Vermögenszuwachs auf, wovon die Versammlung mit Freuden Kenntnis nimmt. Der 1. Vorsitzende dankte den beiden Berichterstattern für die lückenlose, gute Geschäftsführung, und stellt die Berichte zur Diskussion, zu denen jedoch niemand das Wort nimmt. Zu Kassenprüfern werden die Kameraden Kallfäß und Walker bestimmt, die die Kassenführung in Ordnung fanden, worauf dem Kassier Entlastung erteilt wird. Zu Punkt Neuwahlen erklärt der Vorsitzende, daß die Wahl des 1. Vorstehenden Statutengemäß in diesem Jahr nicht vorzunehmen sei, während die Neuwahl des 2. Vorstehenden und der übrigen Vorstandsmitglieder vorgenommen werden müsse. Um die Wahlhandlung abzukürzen, beantragt er die Wahl des 2. Vorstehenden per Akklamation vorzunehmen. Der Vorschlag wird einstimmig angenommen und bleibt damit der bisher bewährte Kamerad Fritz Klotz dem Verein als 2. Vorsitzender erhalten. Die übrigen Wahlen werden unter dem Vorsitz von Kamerad Klotz, der die Wiederwahl annahm, vorgenommen. Kassier Großmann, der sich mit Rücktrittsgedanken trägt, läßt sich schweren Herzens zur Wiederannahme des Kassierpostens bewegen, nachdem die durch Akklamation vorgenommene Wahl ebenfalls einstimmig er-

folgte. Besonders schwierig gestaltete sich die Bearbeitung des Schriftführers W. Schill, der unter keinen Umständen eine Wiederwahl aus zwingenden Gründen annehmen will. Erst der Vorschlag des Kameraden Kallfäß, ihm einen geeigneten Stellvertreter beizugeben, veranlaßt denselben zur Wiederannahme. Der Stellvertreter soll vom Gesamtschuß bestimmt werden. Auch die Wahl der Ausschußmitglieder, soweit sie nicht ausgeschieden sind, wird durch Akklamation vorgenommen, während für einen verstorbenen und zwei zurückgetretene Kameraden mittels geheimer Abstimmung die Kameraden Fritz Mayer, Karl Kallfäß und Dr. Schindler in den Ausschuß gewählt werden. Nachdem der Punkt Neuwahlen glücklich verabschiedet war, bittet der 1. Vorsitzende die gesamte Vorstanderschaft, treu zur Fahne zu halten und in Anbetracht des im kommenden Jahre in Wildbad stattfindenden Bundeskriegertages die ganze Kraft einzusetzen. Das kommende Jahr müsse für den Krieger- und Militärverein ein Ehrenjahr sein und unserer Stadt müsse ein wirklich schönes Fest bereitet werden. Dessen sollten sich die Kameraden eingedenk sein, denn alle Kameraden hätten das größte Interesse daran. Der Vorsitzende gibt noch bekannt, daß Kamerad Christian Hammer in diesem Jahre seine 50 jährige Vereinszugehörigkeit feiern könne. Er sei einer der treuesten und besten Kameraden und Anwärter auf den Ehrenschild des Württ. Kriegerbundes, der ihm in nächster Zeit an einem noch zu bestimmenden Tag überreicht werden soll. Damit schloß der geschäftliche Teil der kameradschaftlich verlaufenen Generalversammlung mit dem herzlichen Dank des Vorsitzenden an die Kameraden für ihre ausgezeichnete Haltung. — An die Generalversammlung schloß sich ein Vortrag des Fürsorgeanwalts des Württ. Kriegerbundes Kamerad Bugner-Stuttgart, über den wir noch näher berichten werden.

Handel und Verkehr

Berliner Dollarkurs, 6. April. 4.2125 G., 4.2205 B.

6 v. H. Dt. Reichsanleihe 1927: 87.
Dt. Wbl.-Anl. 63.50.
Dt. Wbl.-Anl. ohne Zusl. 12.50.
100 Reichsmark gleich 607 franz. Franken.

Berliner Geldmarkt, 6. April. Tagesgeld 6.5—8.5, Monatsgeld 7.5—8.5, Warenwechsel 6.625 v. H.

Privatdiskont: 6.375 v. H.

Die Reicheinnahmen und Ausgaben im Februar 1929. Im ordentlichen Haushalt betragen im Monat Februar 1929 die Einnahmen (in Millionen Mark) 626,6, die Ausgaben 848,8, so daß sich eine Mehrausgabe von 222,2 ergibt. Im laufenden Finanzjahr stellen sich die entsprechenden Ziffern auf 8976,8 bzw. 9231,6 mithin Mehrausgaben 254,8. Im außerordentlichen Haushalt belaufen sich die Einnahmen im Februar auf 99,6, die Ausgaben auf 108,3, so daß eine Mehrausgabe von 9,3 verbleibt. Für das laufende Finanzjahr stellen sich die entsprechenden Ziffern auf 170,6 bzw. 396,4, mithin Mehrausgaben von 225,8. Unter Hinzurechnung der Ueberträge aus dem Vorjahr in beiden Haushalten ergibt sich für Ende Februar insgesamt eine Mehrausgabe von 268,8. Der Stand der schwwebenden Schulden wird auf 28. Februar mit 850,3 gegenüber 612,5 am 31. Januar angegeben.

Postverkehrsverbindungen in Württemberg im März 1929. Die Zahl der Poststreckenkilometer Ende März betrug 38.441, gegen Februar also mehr 111. Von dem Umsatz (473 Millionen RM.) sind 374 Millionen RM. bargeldlos beglichen worden. Im Ueberweisungsverkehr mit dem Ausland wurden 766.000 RM. umgelegt.

Konkurse: Emma Doster, Inh. eines Strick- und Wollwaren-geschäfts, Heilbronn. — Ignaz Schaller, Inh. d. Fa. S. X. Knoll, Ulm, Sattlergasse 14. — Sophie Mannschreck, geb. Reske, geschieden, Wirtschaftspächterin zur Span. Weinhalde, Juffenhäusern. — Eugen Gählen, Lederfabrikant, Pläber-bauren. — August Geiger, Möbelabrikant, Pläberbauren. — Robert Frank, Inh. eines Tabakwarengeschäfts, Saulgau. — Wilhelm Treiber, Inh. eines Schuhgeschäftes, Wildbad.

Vergleichsverfahren: Marie Wagner, Alleininh. d. Firma Wendelin Wagner, Korbwarengeschäft, Ravensburg. — Gottlieb Kuhnert, Lederfabrik, Backnang.

Konkurse in Württemberg im März: 25 gegen 26 im Februar und 21 im Januar. Vergleichsverfahren 14 (13 und 6).

Stuttgarter Börse, 6. April. Trotz Wochenschluß konnte die heutige Börse bei lebhafterem Geschäft in fester Tendenz eröffnen und sich bis zum Schluß noch weiter befestigen. Rentenwerte unverändert. Württ. Vereinsbank, Filiale der Deutschen Bank.

Berliner Getreidepreise, 6. April. Weizen märk. 22.20 bis 22.50, Roggen 20.50—20.80, Braugerste 21.80—23, Futter- und Industriegetreide 19.20—20.20, Hafer 19.80—20.40, Reis 21.30 bis 21.70, Weizenmehl 25—29.50, Roggenmehl 26.50—28.75, Weizenmehl 15.25—15.60, Roggenmehl 14.60—14.85.

Magdeburger Zucker, 6. April. Innerhalb 10 Tagen 25, April 25.55, Mai 25.70. Haltung: ruhig.

Württemberg. Edelmetallpreise, 6. April. Feinsilber Grundpreis 78.20, dto. in Körnern 77.20 G. 28.20 B., Feingold 2300 G. 2814 B., Ausfuhrplatin 7.30 G. 8.30 B.

Bremen, 6. April. Baumwolle Middl. Unte. Stand. loco 21.74.

Berlin, 6. April. Elektrolytkupfer 227.25.

Der Preis für Kupferblechabstrakte ist vom Syndikat in Kassel ab 5. April auf 289 RM. für 100 Kg. (Grundpreis) erhöht worden.

Markte

Viehpreise. Sulz a. N.: halbjährige Rinder 180—200, einjährige 250—300, Kalbinnen 400—550, Rube 300—550, Stiere 450—600. — Würzburg: Kalbinnen 400—550, Arbeitsstiere 450—550, Rube 280—500, Jungvieh 180—350. — Giengen a. Br.: 1 Paar Ochsen 1200—1320, 1 Paar Stiere 450—1000, Rube 400—600, Kalbinnen 420—580, Jungvieh 140—380, Färren 100—380. — Hall: Rube 200—580, Jungvieh 140—500. — Münstingen: Ochsen 350 bis 650, Färren 300—450, Rube 150—420, Jungvieh 170—290, Kalbinnen 300—650 M.

Schweinepreise. Bönningheim: Milchschweine 36—41, Läufer 53. — Münstingen: Milchschweine 33—48, Läufer 60. — Sulz: Milchschweine 28—47. — Schömburg: Milchschweine 30—42. — Würzburg: Ferkel: 30—39, Läufer 47—52 M d. St.

Stuttgarter Obst- und Gemüsegroßmarkt, 6. April. Edeläpfel 40—50; Tafeläpfel 20—40; Kartoffeln 6.5—7; Kopfsalat 1 Stück 30—60; Birning (Röhrlkraut) 20—22; Fildertraut 15—20; Weißtraut, rund 15—20; Kolltraut; Blumenkohl 1 Stück 30—120; Kote Rüben 12—18; gelbe Rüben 15—18; Zwiebel 15—18; Gurken, große 1 Stück 80—120; Monatsrettiche 25—30; Sellerie 20—50; Schwarzwurzeln 30—35; Spinat 25—35.

Beisetzwechsel. Das Anwesen des verstorbenen Univ.-Professors Dr. Spitta in Tübingen in der Reckharde ist um 70.000 M an Univ.-Professor Dr. Häring übergegangen.

Neue Höhere Handelsschule Calw
im württembergischen Schwarzwald
Bekannt, 1908 gepr. Privatlehranstalt mit Schülerheim
Realtabelle: Sechsklass. Realabteilung, Vorbereitung für Obersekundarule (mittl. Reife), Gewissenhafte Erziehung, Aufnahme von 10 Lebensjahren an. **Ausländerkurse:** Halbjährig- u. Jahreskurse für alle Altersstufen.
Handelsabteilung: Akademie-Kurs. Praktisches Übungskontor. Gute, reichliche Verpflegung. Prospekt durch Direktor Zügel.
Neuaufnahme 18. April

Von Dienstag früh an ist
junges fettes Kuhfleisch
zu haben bei den Metzgern
Kappelmann und Krauß (neb. d. Drogerie)

**HAMBURG-AMERIKA
LINIE** Von
HAMBURG
nach
**Nord-, Mittel- und Süd-AMERIKA,
KANADA**
und allen Häfen der Welt
Alljährliche Veranstaltung
von Vergnügungs- und
Erholungsreisen zur See
Vertretungen
an allen größeren Plätzen
Auskünfte u. Prospekte kostenlos:
**Wildbad:
Gotthold Rothfuss**

**Musiker der Kurkapelle
sucht
ruhiges möbl. Zimmer**
mit Pension (Mittageffen).
Off. mit Preisang. erb. unter
S. R. 263 postlagernd Heil-
bronn, Postamt 4.

Die Qualität
des Blattes ist ausschlag-
gebend für den Erfolg der
Anzeigen. Deshalb wird
zur Insertion mit Vor-
liebe das
"Wildbader Tagblatt"
gewählt.

Turnverein Wildbad e.V.
Voranzeige!
Am Sonntag den 21. April, findet im
Lokal „Alte Linde“ ein
Familien = Abend
statt unter Mitwirkung von Württembergs
bestem Humoristen **Paul Haase**-Stuttgart,
worauf wir jezt schon aufmerksam machen.
Der Turnrat.

Liederkrantz Wildbad
Unser Ehrenmitglied
Christ. Weimert
Schreinermeister
ist gestorben, wovon wir
die Vereins-Mitglieder
geziemend in Kenntnis
setzen. Antreten zur Be-
erdigung heute nachm.
7.3 Uhr am Lokal. Um
zahlreiche Teilnahme
wird gebeten.
Der Vorstand.

Wirtstochter
21 Jahre alt
sucht Stellung
in der Küche als Beihilfe zu
Koch oder Köchin.
Ankunft erteilt die Tagblatt-
Geschäftsstelle.

**Berufs-
Kleidung**
jeder Art für
Schlosser
Maler
Gipser
Friseure
Köche
Bäcker
Metzger
Büro-Joppen
Lager-Mäntel
Arzte-Mäntel
Berufskleidung
für Lehrlinge
kaufen Sie gut u. billig
nur im Spezialgeschäft
Wolff Stern
Wildbad
15%
Rabatt wegen Umzug

Nur 2 Tage Nur 2 Tage
Am **Dienstag** und **Mittwoch**, nachmittags 3 und 5 Uhr,
findet im Saale des **Hotel Alte Linde** in **Wildbad** (Garteneingang)
Probe - Waschen
mit dem neuerfindenen
Messing - Waschkompressor
statt.
**Ein Kind wäscht in einer Stunde mehr,
als eine Waschfrau in einem Tag.**
In 5 Minuten sind 30—40 schmutzige Handtücher
in normaler Lauge blendend weiß gewaschen.
Gnädige Frau! Lassen auch Sie sich die Gelegenheit nicht nehmen, die kleinste und
doch leistungsfähigste Waschmaschine der Welt, sowie Wringmaschine kennen zu lernen.
Kein Kochen, kein Bürsten, kein Reiben, kein scharfes, die Wäsche zerfressendes
Waschmittel nötig. Ihre kostbare teure Wäsche hat eine 15—20fache Lebensdauer,
die komplette Wasch-Einrichtung, Messing-Waschkompressor mit Wringmaschine, wird
beim Probewaschen zum Vorzugspreis von RM 25.— für sofort oder spätere Lieferung
in Auftrag genommen. Schmutzige Wäsche mitbringen! Nach 5 Minuten Waschens
erhalten Sie dieselbe zurück.
Eintritt frei!
Bitte ausschneiden! **Erscheint nur 1 mal!**